

Inserate

werden angenommen
in Bosen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Herr A. Höls, Hoffferant,
Dr. Gerber- u. Breitete- Ecke,
Herr Nitsch, in Firma
J. Jumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
C. Fontane
in Bosen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Herr Rose, Hasenstein & Vogel A. &
G. L. Daube & Co., Inhaber.

Berantwortlich für den
Inseratenheli:
J. Klugkist
in Bosen.

Posenener Zeitung

Reinundreinigster Jahrgang.

Nr. 212

Die "Posener Zeitung" erscheint wöchentlich zweimal,
aber auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
in Sonn- und Feiertagen vier Mal. Das Abonnement beträgt jährlich
140 M. für die Stadt Bosen, 645 M. für
das Reichsland. Bezahlungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 24. März.

1892

Deutscher Reichstag.

201. Sitzung vom 23. März, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Ueberentommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Weingesetzes.

Abg. Dr. Bürkl (nl.): Ich bin im Wesentlichen mit den Bestimmungen des Entwurfs einverstanden. Er unterscheidet sich vortheilhaft von seinen früheren Kollegen dadurch, daß er nicht allein die gesundheitspolizeiliche, sondern auch die verkehrs-polizeiliche Seite berücksichtigt und frisch an die Frage herangeht, ob der Zusatz von Zucker und Zuckermasse deklarationspflichtig ist. Es ist ja ein nobler Standpunkt zu sagen, daß unter Wein nur der alkoholisch gegorene Traubensaft zu verstehen ist. Aber die Durchführung desselben muß in der Praxis an der Unmöglichkeit des chemischen Nachweises scheitern, da dadurch die Produzenten der reinen Naturweine gegenüber den Produzenten der gallifizierten Weine geschädigt werden. Die Verzuckerung und Gallifizierung muß gestattet sein, soweit sie eine Verbesserung, nicht aber eine Vermehrung des sauren Weines bewirkt. Den kleinen Winzern aber möchte ich ratzen, die Finger von solchen Manipulationen zu lassen, weil sie sie nicht verstehen werden. Auch die großen Winzer werden gut thun, es nicht in zu ausgedehntem Maße zu betreiben; denn das würde gar nicht in ihrem Interesse liegen. Die französische Weinindustrie verdankt ihren Weltruf nicht der Weinplantierung, sondern im Gegenteil der überaus soliden Geschäftsgeschäftigung. Ich werde in der zweiten Lesung beantragen, die MischungManipulationen zu verbieten. Manche wünschen ein gänzliches Verbot der Fabrikation der Kunstweine. Das geht zu weit. Die ausgleichende Gerechtigkeit würde aber liegen in einer gehörigen Besteuerung der Kunstweine; denn wenn die Trauben besteuert werden für die Naturweine, so muß auch das Brunnengewässer für die Kunstweine besteuert werden.

Abg. Dr. Schädl (Br.): Ich bin leider nicht in der Lage, der zustimmenden Erklärung des Vorredners mich anzuschließen. Der Entwurf enthält nicht nur ein Verbot der Weinplantierung, sondern läßt sogar diese Kunstweine pure als Wein in die Welt hinausgehen. Abg. Bürkl hat 1887 selbst noch im Namen der öffentlichen Meinung gelagt, daß unter "Wein" nur der reine Naturwein zu verstehen sei, und daß jeder Zusatz dazu auch durch einen Zusatzausdruck gekennzeichnet werden muß. Das Herumdoktern an dem Wein darf nur in bestimmten Grenzen ohne jede Vermeidung der Qualität gestattet werden. Nach dem Gesetz aber führt Zuckeranfuß den gleichen Namen wie Naturwein. Die Weinhandlungen werden reich, die Winzer arm. Es handelt sich ja bei dem Gallifiziren u. s. m. nicht um Verbesserung, sondern um eine Vermeidung des Weins. Das Gesetz giebt aber einen neuen Anreiz, mit dem Zusatz von Zucker und Wasser bis zur äußersten Grenze zu gehen; den einzigen Vorteil werden wieder die Händler haben, während der reelle Winzerstand in keiner Weise geschützt, sondern im Gegenteil gefährdet wird. Hier gerade wäre es am Platze, den kleinen zu schützen und den Kapitalismus zu bekämpfen. Für den Wein sollte der Zusatz gelten: Ehrlich währt am längsten; deshalb werde ich gegen den Entwurf stimmen.

Abg. Schenk (df.): Der Entwurf hat den großen Vorzug, daß er der öffentlichen Meinung entgegenkommt. Die scharfe Unterscheidung des Vorredners zwischen Naturwein und Kunstwein ist übertrieben, denn jeder Wein ist ein Kunstoffprodukt. Wenn es Konsumtanten giebt, die sich Weine kaufen lassen, die den Namen Wein nicht mehr verdienen, so ist dagegen überhaupt nicht zu helfen. Dieses Gesetz wird gerade den kleinen Winzern schaden und ihn in den Stand setzen, sich zu halten und ihm im Fall ungünstiger Ernten die rationelle Weinverbesserung durch Zusatz von Zucker zu erleichtern. Dass Herr Bürkl heute für den Gesetzentwurf gesprochen hat, während er früher ganz anderer Meinung war, zeigt, wie diejenigen, die früher den Declarationszwang vertreten haben, jetzt der öffentlichen Meinung bereits Rechnung tragen und die Unmöglichkeit der Durchführung des Declarationszwanges einsehen. Damit ist die Hoffnung begründet, daß wir diese Vorlage in dieser Session zu Stande bringen und damit eine für die Entwicklung des Weinbaues außerst wichtige Frage lösen. Die Vorlage hat, soweit es mir bekannt geworden ist, überall bei den Interessenten freudige Aufnahme gefunden. Sie ist auch freudig aufgenommen hier im Reichstage bei der Mehrzahl der Vertreter und hat ebenso befriedigende Aufnahme gefunden bei den Vertretern der verschiedenen Anschaulungen auf dem Gebiete des Weinhandels. Zu bedauern ist nur, daß eine so wichtige Vorlage zu einer so späten Stunde erst an uns gekommen ist. Wir haben nicht mehr die Möglichkeit gehabt, die Anschaulungen der Interessenten und die Gutachten von Sachverständigen, die bei Fragen von so technischer Bedeutung wie hier von hauptsächlichster Bedeutung sind, kennen zu lernen. Hoffentlich wird heute von der zweiten Lesung Abstand genommen, damit wir uns erst die erforderlichen Gutachten bezüglich der einzelnen Bestimmungen einholen. Ich kann Namens meiner Fraktion erklären, daß wir im Allgemeinen mit der Vorlage einverstanden sind, daß wir hoffen und wünschen, daß das Gesetz zu Stande kommt. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß es in der Spezialberatung im Einzelnen Abänderungsanträge gestellt werden.

Die gesundheitspolizeilichen Vorschriften des Gesetzes haben für Deutschland zu wenig praktische Bedeutung. Dagegen sind von größter Wichtigkeit die verkehrs-polizeilichen Bestimmungen und die Gallifizierungsbestimmungen, welche die Verbesserung des Weins durch Zusätze gestatten. Dieselben gehen von der Erfahrung aus, daß zur Verbesserung des Weins bei uns Zusatz von Zucker und Wasser nothwendig ist. Dadurch, daß man in bestimmten Grenzen diesen Zusatz nicht als Fälschung des Weins ansieht, sondern den Verkauf hergestellter Weine ohne Declarationszwang als Wein zuläßt, wird den bisherigen Unschärfen im Weinverkehr ein Ende gemacht, und es wird auch nur eine Frage der Zeit sein, daß auch noch der gebliebene Rest von Declarationszwang wegfällt. Da über die Grenzen der zulässigen Zusätze erst Erfahrungen gesammelt werden sollen, wird man zunächst diese Grenzen möglichst weit setzen müssen, schließlich aber wohl überhaupt von der Grenzfestsetzung absiehen müssen. Besonders bedenklich erscheint mir die Bestimmung in § 7,

dass der Verkauf unter unrichtiger Declaration auch dann strafbar sein soll, wenn der Käufer dadurch keinen Schaden gehabt hat. Falsche Declarationen können doch nur bei der Absicht einer Schädigung in Betracht kommen, andernfalls wird der Käufer keine Veranlassung haben, den Verkäufer zur Strafe zu ziehen.

Ich hoffe und wünsche, daß das Gesetz zu Stande kommt, damit dem Weinhandel und Weinbau die Ruhe und Sicherheit wiedergegeben wird, die er zu seinem Gedeihen braucht. (Beifall links.)

Abg. Dietz (Soz.): Meine Partei wird gegen das Gesetz stimmen. Es ist nicht gleichgültig, ob der Wein, den man kauft, ein reiner Naturwein oder ein verschäfelter, verzuckerter ist. Auch die Arbeiter wollen bei festlichen Gelegenheiten einmal Wein trinken. In Elsaß-Lothringen aber gehört der Wein vollständig zur Volksnahrung. Die Verzuckerung des Weines ohne Declarationspflicht macht uns das Gesetz unannehmbar; der Konsum soll wissen, was er für sein Geld erhält. Der Weinhandel wird nach dem Gesetz noch gröbere Profite aus der Weinhandlung ziehen als bisher. Der Declarationszwang ist vor Allem nötig, um die kleinen Leute, die Arbeiter vor Betrug zu schützen. Man mache es wie bei der Butter, wo man für die Surrogatfabrikate die Bezeichnung "Margarine" eingeführt hat, unter der sie allein verkauft werden dürfen. Ich sehe keinen Grund ein, weshalb jetzt am Ende der Session das Gesetz noch durchgedrückt werden soll.

Abg. Dr. Bamberger (df.): Ich gebe zu, daß die summarische Behandlung dieses wichtigen Gesetzes nicht wünschenswerth ist, aber der Wunsch kommt nicht aus dem Busen der verbündeten Regierungen, wenn sie einen Busen haben (Heiterkeit), sondern es ist der allgemeine Wunsch aus dem Lande, daß das Gesetz noch in dieser Session erledigt wird. Die Gegensätze in der Weinfrage haben sich im Laufe der Jahre gemildert. Herr Bürkl hat schon so viel Wasser in seinen Wein gegossen. (Heiterkeit.) Er hat eingesehen, daß seine Wähler mit seinem früheren rein puristischen Standpunkte nicht einverstanden sind. Vor Allem haben die schlechten Weinjahre, der saure und wenig Wein auf die Herren Büttner mildern eingewirkt.

Dass der Wein mir nicht schade, dafür hat die Gesundheitspolizei zu sorgen, dafür daß er mir schmeckt, dafür habe ich selbst zu sorgen. Zwischen Becherrand und Lippe Polizei und Gesetz dazwischen zu bringen, erscheint mir überflüssig. Defektions- und Gesundheitsrücksichten stehen dem nicht im Wege, Zucker und Wasser einem sauren Wein zuzufügen. Die Frage ist nur, in welchen Grenzen dieser Zusatz zulässig sein soll, und darüber hat man sich noch neulich in Wiesbaden die Köpfe zerbrochen. Man hat sich schließlich geeinigt, daß nicht einzelne Weingebiete des deutschen Reichs die Norm liefern sollen, sondern das ganze Deutschland soll es sein, welches das Minimum an Extraktstoffen als Norm zu liefern hat.

Nicht ganz so leicht wie Abg. Schenk lasse ich mit mir reden über § 7, wonach jeder bestraft wird, der einen versetzten Wein unter einer Bezeichnung verkauft, aus der man annehmen könnte, daß der Wein ohne Zusatz ist. Dadurch wird der Declarationszwang durch eine Hinterthür wieder in das Gesetz gebracht. Welch ein Grund liegt vor, den Wein anders zu behandeln, als die anderen Nahrungsmittel, bei denen nur der Betrug bestraft wird? Man sagt, daß Publikum müsse geschützt werden. Ich behaupte ganz im Gegenteil, das Publikum will geschützt werden vor unangenehmen Aufklärungen Seltens des Weinhandlers. (Heiterkeit.) Ich bin fest überzeugt, daß ich schon manchen Wein als reinen Wein getrunken habe, der es nicht war. Ich mache mir auch nichts daraus, wenn er mir nur geschmeckt hat.

Wich wundert die Stellungnahme der Sozialdemokraten. Sie wollen einem Mann, der wenig bezahlen kann, die Augen mit Gewalt öffnen und ihm die schöne Illusion rauben, daß der Wein, der ihm schmeckt, kein guter Wein ist. Dadurch drücken Sie die Proletarier herab. Ebenso falsch ist es, daß wir für den reichen Mann gegen den kleinen Winzer eintreten. Ich bin Vertreter eines Rheinweinbauers Bezirks, dessen Weine nicht zu den größten Weinen Deutschlands gehören, und ihnen muß man es möglich machen, den ungemein baren und unveräußlichen Wein zu verbessern. Zum Beispiel des Betruges gehört doch eine pekuniäre Schädigung. Davon ist hier nicht die Rede; denn die Vorteile der Weinhandler werden schon durch die Konkurrenz regulirt werden, und etwas Wasser im Wein ist doch auch viel gesunder: *ἀπιστον μέν δόωρον*.

Es handelt sich einfach darum, ob wir eine Praxis, die gerade der Masse der kleinen Winzer vortheilhaft ist, aufrecht erhalten wollen oder nicht. Wenn die Sozialdemokraten es fertig bringen, daß das ganze Volk reinen Naturwein zu trinken im Stande ist, ohne Zusatz von Wasser, dann können sie mehr, als selbst Abg. Bötticher ihnen zutraut (Heiterkeit). Durch diese Strafbestimmungen öffnen wir nur der ekelhaften Denunziation Thür und Thor, da die Chemie den Richter im Stiche läßt. Wenn ich Richter wäre, ich würde die Denunziation eines Hausschneiders oder Kellnerin gegen den Arbeitgeber wegen Planticheret nicht beachten, und wenn sie zehn Eide schwören.

Für die Gesundheit soll die Polizei sorgen, alles Nebrige überlassen wir den Konsumtanten. Das haben wir ja sogar bei dem Gesetz über die Gefüllungen mit beschränkter Haftung gethan, wo große pekuniäre Vermögensnachtheile in Frage kommen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich kann meine Befriedigung aussprechen, daß die Zahl der Ausstellungen so gering ist, sie werden in der Spezialberatung sich auch leicht erledigen. Herr Bamberger kann ich versichern, daß der Bundesrat nicht allein einen Busen, sondern auch ein dankbares Herz hat, und ich bin ihm dankbar für seine Vertheidigung des Bundesrats gegen die Vorwürfe der Abgeordneten Schädl und Dietz. Seit dem Schluß der früheren Weincommission sind wir von allen Seiten gedrängt worden, die Berathungen über ein Weingesetz wieder aufzunehmen. Wir haben uns auch fortgesetzt bemüht, weiteres Material uns aus den Kreisen der Sachverständigen zu verschaffen, um eine Vorlage zu machen, für die wir eine größere Mehrheit erwarten durften. Wir haben dabei zugleich erst den Entwicklungsprozeß in den Meinungen der Interessenten sich entwickeln lassen, um es nicht

mit unvermittelten Anschaulungen zu thun zu haben. Der Vorwurf, daß die Regierung zu spät mit der Vorlage gekommen ist, trifft nicht zu, die Vorlage ist seit über vier Wochen publizirt, die Interessentenkreise haben sich leingehend damit beschäftigt, die Fachpresse hat sich übereinstimmend günstig ausgesprochen. Allen Wünschen kann man nicht gerecht werden. Aber das ist eine schwere Verantwortung, wenn der Reichstag jetzt nicht das Gesetz genehmigt; dann bestehen die Unzulänglichkeiten der bisherigen Nahrungsmittelgelebung weiter fort, und es ist fraglich, ob später besser als heute eine Übereinstimmung zu erzielen ist. Die verbündeten Regierungen dienen nur dem akuten Interesse der Winzer und des Weinhandels, wenn sie Sie dringend bitten, das Gesetz bald zu verabschieden. Die Grundlage des Gesetzes wird dem Weinbau und Weinhandel hoffentlich zum Heil gereichen. (Beifall.)

Abg. Hans (Br.) sieht in dem Sträuben gegen die Einführung des Declarationszwangs den Beweis dafür, daß die öffentliche Meinung keineswegs für den Zuckerausfall ist, denn sonst würde man ja doch nicht fürchten, den Wein als "gezuckerten Wein" zu bezeichnen. Diese Frage müsse jedenfalls eingehend geprüft werden und deshalb beantrage er kommissarische Beauftragung.

Abg. Dr. Lingens (Br.) hätte gewünscht, daß vor allem eine Definition des Wortes "Wein" gegeben wäre. Auch mit Verabschiedung dieses Gesetzes werde die Weinfrage noch nicht entschieden sein, dazu werde man noch lange Zeit Erfahrungen sammeln müssen.

Abg. Menzer (L) wünscht für seine Person gleichfalls Kommissionsberatung. Die Anschaulungen über einzelne der hier in Betracht kommenden Fragen seien selbst in Interessentreihen keineswegs so geklärt, daß man jetzt schon sich entscheiden könnte. Aus Gründen der Illusion, wie Dr. Bamberger könne er seine Entscheidungen nicht treffen, er sei mehr für platte Ehrlichkeit. Die Regierung mache dem Hause die Zumuthung, ein Gesetz, zu dessen Ausarbeitung sie selbst 4 Jahre gebraucht habe, in 4 Tagen zu erledigen.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Diese Zumuthung hat die Regierung dem Hause nicht gemacht. Will der Vorredner bis in den Juli hineinsitzen, ich sitze mit.

Abg. Hultsch (Rp.) spricht sich für das Gesetz und gegen die Kommissionsberatung aus. Man sollte mit dem Gesetz vorläufig einen Versuch machen, man könne es später immer noch verbessern.

Abg. Münch (df.): Ich danke der Regierung, daß sie sich in der freien Kommission hat vertreten lassen; sie hätte es nicht gethan, wenn sie gedacht hätte, daß im Hause lauter Menzer sitzen. Wenn Herr Menzer in den 4 Jahren die Sache nicht begriffen bat, so ist es kein Wunder, wenn er auch in der Kommission es nicht gethan hat. Er will die Interessen der kleinen Winzer vertreten. Wer kauft aber den kleinen Winzen in schlechten Jahren das saure Zeug ab, wenn es nicht gezuckert ist? Dann hat es noch weniger Wert als Eßig. Der Unterschied zwischen gezuckertem und nichtgezuckertem Wein ist der, daß ersterer von ehrlichen Händlern verkauft wird, welche sagen, daß sie ihn gezuckert haben, letzterer aber als reiner Naturwein verkauft wird, obgleich er doch gezuckert ist.

Darauf wird der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt, die zweite Lesung aber zunächst ausge setzt.

Es folgt die erste Beratung des Nachtragsetats (weitere zwei Millionen für die Beschickung der Weltausstellung in Chicago.)

Abg. Samhammer (df.) ist mit der Einbringung des Nachtragsetats einverstanden und beantragt Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Bachem (Br.) wünscht die Entwicklung Kaufmännischer Beiräthe zur Unterstützung des Reichskommissars für die Weltausstellung in Chicago.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher rechtfertigt die Höhe der geforderten Summe mit dem großen, erfreulichen Umfang der Betheiligung der deutschen Industrie und auch der Landwirtschaft an der Weltausstellung, an welcher das Interesse immer mehr zunehme. Die Summe sei seitens der Regierung auf Grund einer Schätzung. Es werde mit der äußersten Sparsamkeit vorgegangen werden, vielleicht sogar noch ein Theil der geforderten Summe erspart werden können. Er richte noch einmal an die deutsche Industrie zum Aufruf hinzu die Bitte, sie möge, soweit es noch gegeben sei, ihre Zurückhaltung aufgeben, damit ein vollständiges Bild der gesamten deutschen Industrie auf der Weltausstellung er scheine. Die Industrien, die eine Beschickung der Ausstellung nicht für nötig hielten, sollten bedenken, daß sie sehr leicht den amerikanischen Markt verlieren könnten. Ein kaufmännischer Beirat sei dem Reichskommissar bereits zur Seite gestellt.

Abg. Dr. Hammacher (nl.) erklärt seine Zustimmung zu dem Nachtragsetat, erhofft aber von einer Kommissionsberatung weitere Informationen. Redner appellirt an den Opfergeist auch der großen Industrien, deren eigenes Interesse die Beschickung der Ausstellung nicht nötig mache, im nationalen Interesse sich nicht zurückzuhalten.

Abg. Goldschmidt (df.) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an und fordert die Industriellen auf, sich nicht allein auf die Regierung zu verlassen, sondern auf ihre eigene Kraft, damit die deutsche Industrie mehr Vorteile von der Ausstellung habe, als von der Weltausstellung in Philadelphia.

Abg. Dr. Bachem (Br.) richtet an die Regierung die Aufrufung, Sparium zu verfahren.

Abg. Samhammer (df.) erwidert, daß die Art und Einzelheiten der Ausstellung Sache der Kaufleute und nicht der Regierung sei. Die Spariamkeit des Abg. Bachem hänge wohl schon mit dem neuen Kurse zusammen.

Der Nachtragsetat wird hierauf der Budgetkommission überwiesen.

Es folgen Petitionen.

Über Petitionen auf Reform der Personentarife in der Richtung ihrer Herabsetzung beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen und zwar mit Rücksicht auf die s. B. vom Präsidenten des Reichszeisenbahnamts im Reichstage und

vom preußischen Eisenbahnminister im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärungen.

Abg. Dr. Krause (dfr.) glaubt, daß man die Petitionen der Regierung wenigstens als Material übergeben müßte, und stellt einen dahingehenden Antrag. Habe doch der preußische Eisenbahnminister selber erklärt, daß er ein Interesse an der Billigung und Vereinfachung der Tarife habe. Die Erfahrungen in den Nachbarländern legten der Regierung die Pflicht auf, eine Prüfung dieser Ergebnisse vorzunehmen. Die Ergebnisse des Sondertarifs in Österreich und Ungarn verdienen das größte Interesse. Die Vorschläge, welche in den Petitionen gemacht werden, seien doch wenigstens so beachtenswerth, daß man sie nicht einfach durch Übergang zur Tagesordnung erledigen kann. Die Bitte der Handlungstreuen um Vergünstigungen bei der Benutzung der Eisenbahnen könne doch nicht von vornherein abgewiesen werden.

Abg. Dr. Hammacher erklärt, daß die Überweisung der Petitionen als Material nur ein etwas höflicheres Begräbnis bedeute als der Übergang zur Tagesordnung. Da der Antrag Krause aber in keiner Weise präjudiziere, so wolle er für denselben stimmen.

Abg. Münch (dfr.) erwirkt, daß die Freisinnigen die Überweisung als Material nur deswegen beantragen, weil die Sache hier schon oft zur Erörterung gelangt sei.

Abg. v. Schalischa (Btr.) spricht sich gegen jede Billigung der Sondertarife aus, die von moralischem und erziehlichem Standpunkt aus verderblich wirken würde.

Abg. Dr. Krause hält im Gegenteil Erleichterung des Verkehrs durch eine Reform der Tarife für einen Kulturfortschritt.

Das Haus beschließt dem Kommissionsantrage gemäß; ebenso eine Petition wegen Erweiterung der Rechte der Innungen.

Als Material werden sodann der Regierung überwiesen: Petitionen wegen Abänderung des Prozeß- und Gerichtskosten-gesetzes.

Eine Petition der freien Vereinigung der Berliner Gasträthe um Beschränkung der Rechte der Innung in der Heranziehung der Richtungsmitglieder zu Kosten der Innungs-awekte beantragt die Kommission der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. Goldschmidt beantragt Überweisung der Petition an den Reichskanzler zur Berücksichtigung und führt zur Begründung aus, daß die Innung kaum ein Drittel aller Gastwirths umfaßt, und daß die Einrichtungen derselben zwar kostspielig, aber durchaus nicht so gut und sachgemäß seien, als die der freien Gastwirtschaftsvereine.

Abg. Hahn (dts.) beantragt nach den Ausführungen des Vorredners Zurückweisung der Petition an die Kommission.

Abg. Goldschmidt widerspricht diesem Vorschlag, da die Sache dann bei dem nahen Schlus der Session ganz ins Wasser fallen würde.

Der Antrag Hahn wird trotzdem angenommen.

Petitionen, betreffend die Beschränkung der Freizüglichkeit minderjähriger Personen beantragt die Kommission als Material zu überweisen.

Diefer Antrag wird angenommen, nachdem ein Antrag Rickert auf Zurückweisung der Petitionen an die Kommission abgelehnt worden ist.

Ebenso wird ein Antrag auf Abänderung des § 6 b des Unfall-Ver sicherungs-Gesetzes der Regierung als Material überwiesen.

Eine Petition um reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungs-Rechts, namentlich in Bezug auf die Verhältnisse in Mecklenburg, beantragt die Kommission, der Regierung zur Erwähnung zu überweisen.

Abg. Rickert (df.) beantragt die Überweisung zur Berücksichtigung, da es sich hier um die Forderung handelt, einen Artikel der Verfassung zur Ausführung zu bringen. Die Konser-vativen scheinen freilich am liebsten die Tagesordnung beschließen zu wollen. Die Forderung der Petenten wird schon seit langem erhoben, und wir haben bereits einmal eine Resolution in diesem Sinne gefasst. Aber wir haben noch keine Antwort bekommen. Es kommen übchaupt Dinge in Vereinsfachen in den Einzelstaaten vor, die eine reichsgesetzliche Regelung des Vereinswesens notwendig machen. Wird doch sogar in Hamburg jede antisemitische Versamm lung verboten auf Grund eines alten Gesetzes. Hier muß Remedium getroffen werden.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ants.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Der Senat in Hamburg habe sich zur Zurücknahme des Verbots veranlaßt gesehen, da die Antisemiten es verstanden hätten, das Verbot wirkungslos zu machen. Darauf wird der Antrag Rickert angenommen.

Petitionen betr. Gewährung von Entschädigungen für die am Milzbrand verendeten Thiere werden dem Reichskanzler zur Erwähnung überwiesen, sowie zur Berücksichtigung die Petition eines Fabrikbesitzers um die Gestaltung der zollfreien Einfuhr von Nussholz.

Das Haus vertagt sich sodann auf Donnerstag 12 Uhr (Kirchengesetz, Rechnungssachen, Wahlprüfung (Möller), Petitionen). Schlus 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 23. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Das Haus nimmt Kenntnis von den Petitionen, die von der Kommission zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet sind, und berath darauf Petitionen.

Neber eine Petition um Steuerfreiheit für un denaturirten Branntwein zur Herstellung von Eau de Quinine beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugeben.

Abg. Halberstadt (df.) beklagt sich über die Verschiedenheit der Behandlung in der Steuerfreiheit bezüglich des Branntweins. Es sei eine Ungerechtigkeit, daß man Spiritus für die Herstellung von Brantant und Eau de Cologne steuerfrei lasse, für die Herstellung von Eau de Quinine aber die Steuerfreiheit nicht gelassen lasse. Es handle sich hier doch nicht um ein Genußmittel. Redner stellt den Antrag, die Petition zur Erwähnung zu überweisen.

Das Haus beschließt unter Ablehnung des Antrages Halberstadt dem Kommissionsantrage gemäß.

Durch Übergang zur Tagesordnung erledigt das Haus ferner: Petitionen wegen Errichtung eines Eisenbahnhaltepunktes in Reisby, wegen Zulassung zur Pachtanmieterei im Kurischen Haff, wegen Abänderung des Reglements für die außergerichtlichen Auktionskommissare.

Als Material für die Gesetzgebung werden der Regierung überwiesen die Petition eines Standesbeamten um Anrechnung der Militärdienstzeit der Militäranwärter bei der Pensionierung, um Erlaß eines Gesetzes zur Haftung für Viehmängel.

Die Ostpreußische Südbahngesellschaft beantragt ihren Antrag auf staatliche Genehmigung der Konvertierung ihrer umlaufenden Prioritätsobligationen den Ministern der öffent-

lichen Arbeiten und der Finanzen zur Verhinderung zu überweisen. — Die Petitionskommission empfiehlt Überweisung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung.

Abg. v. Bredow (cons.) empfiehlt dagegen Übergang zur Tagesordnung.

Geh. Rath Lehmann erklärt, daß die Regierung die Genehmigung zur Konvertierung versagt habe, weil ein öffentliches Interesse dafür nicht anzuerkennen sei.

Die Abg. Krause (nl.) und Kieschke (lib.) betonen dagegen, daß man ebenso wie dem Staate auch den Privaten gestatten müsse, den Zinsfuß der Lage des Geldmarktes anzupassen.

Darauf wird der Kommissionsantrag gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Über eine Reihe von Petitionen wegen Gehaltsverbesserung und Pensionsgewährung geht das Haus gemäß dem Kommissionsbeschlus zur Tagesordnung über.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr (Kirchengesetz, kleinere Vorlagen, Vergeschnovelle).

Schlus 2½ Uhr.

Herrenhaus.

4. Sitzung vom 23. März, 1 Uhr.

Nach Annahme des Entwurfs betr. Entschädigung für an Milzbrand gefallene Thiere tritt das Haus in die Berathung der Tertiärbahnvorlage ein.

Minister Thielen begründet dieselbe damit, daß in Bezug auf die Bahnen unter der Ordnung der Staat bisher zurückgedrängt sei, daß es an Bestimmungen über das Verhältnis zu den Neben- und Vollbahnen fehle und ebenso über die Kontrolle über die mit dem Betriebe verbundenen Gefahren.

Graf Frankenberg bedauert, daß für die Ausführung nicht die Selbstverwaltung, die in der Anlage von Verkehrsstraßen so Gutes geleistet, in Anspruch genommen sei.

Frhr. v. Stumm wünscht eine Erklärung dahin, daß sein Stillstand im Bau von Sekundärbahnen erfolgen werde.

Minister Thielen erklärt, daß die Regierung auch weiterhin sich die Erweiterung des Sekundärbahnnetzes angelegen sein lassen werde.

Der Entwurf wird an die um 5 Mitglieder verstärkte Eisenbahnkommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Polizeikostengesetz.)

Schlus 3½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 23. März. Die Ernennung des Grafen Eulenburg zum preußischen Ministerpräsidenten kann jetzt wohl als Thatsache gelten, obwohl bis zur Stunde noch nicht zuverlässig bekannt ist, daß der Kaiser seine Übereinstimmung mit den Vorschlägen befunden hat, die ihm Graf Caprivi heute wiederholt mündlich vorgetragen hat. Die Annahme, daß Graf Eulenburg das Ministerpräsidium antreten werde, stützt sich zunächst darauf, daß nur allein mit ihm ernsthaft verhandelt worden ist, und daß diese Verhandlung nicht geführt worden wäre, wenn der Kaiser nicht seine Ermächtigung dazu gegeben hätte, daß Graf Caprivi sich nach einem Nachfolger umsieht. Sie stützt sich ferner darauf, daß bei dem bestimmten Entschluß des Kaisers, den Grafen Caprivi als Reichskanzler nicht gehen zu lassen, und bei der ebenso bestimmten Weigerung Caprivi, das Ministerpräsidium beizubehalten, die Amtstrennung der gegenwärtig einzige, obwohl immer bedenklich bleibende Ausweg ist. Ueber die Person des neuen Kultusministers wird die letzte Entscheidung offenbar erst fallen, sobald Graf Eulenburg Ministerpräsident geworden sein wird. Es ist selbstverständlich, daß der neue Chef des preußischen Ministeriums bei der Berufung des neuen Kultusministers gehört werden muß und in gewissem Sinne den Ausschlag zu geben hat. Graf Eulenburg wird Ministerpräsident sein, ohne ein besonderes Ressort zu übernehmen. Es ist das eine Neuerung in unserer Amtorganisation. So lange wir keinen Norddeutschen Bund und kein Deutsches Reich hatten, war der preußische Ministerpräsident immer zugleich Minister der auswärtigen Angelegenheiten. In der kurzen Zeit während des Jahres 1873, wo der Kanzlerposten und das Ministerpräsidium getrennt wurden, war Graf Roon, der damalige Ministerpräsident zugleich Kriegsminister. Es läßt sich hiernach vorstellen, daß Graf Eulenburg sein neues Amt nicht angetreten haben wird, ohne sich der erforderlichen Garantien zu vergewissern, die ihm nötig erscheinen müssen, damit seine Amtstätigkeit nicht gar zu dünn werde, nicht allzu sehr in der Luft schweben. Es ist nur die Frage, ob er diese Garantien auch erhalten hat. Beim Zuschnitt der preußischen Kollegialverfassung des Ministeriums gibt erst das Ressort denjenigen Machtumfang, der sich im gesamten Ministerium in politischen Einfluß umsehen läßt. Je höher dieser Umfang von amtlichen Funktionen ist, desto ansehnlicher erscheint die Machtpräsenz des betreffenden Ministers. Von jener haben deshalb die Minister des Innern und der Finanzen die Haupteinwirkung auf den Gang der Politik über können, wofern sie nur die rechten Männer dazu waren, während es bisher noch nicht erlebt worden ist, daß etwa der Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten eine tonangebende politische Rolle gespielt habe. Nicht einmal Herr v. Lucius, der begabteste Chef, den dieses Ministerium bis heute gehabt hat, ist dazu im Stande gewesen. Graf Eulenburg wird hiernach so gut wie Alles seiner eigenen Persönlichkeit zu danken haben, wenn es ihm gelingt, sich als preußischer Ministerpräsident ebenbürtig neben dem Reichskanzler zu halten. Die Bürgschaften, die ihm etwa als angemessen erscheinen könnten, um seiner Ministerpräsidenschaft größere Fülle zu geben, würden sich doch wohl nicht so leicht herstellen lassen. Gerade beim Amtsantritt Caprivils wurde hervorgehoben, daß jetzt eine ganz neue Zeit beginnen würde. Jetzt erst sollten die Ressortminister mit der ganzen ungebrochenen und ungehemmten Arbeitskraft hervortreten können, und aus dem edlen Wettkampf, wer das Beste und Beste leiste, würden Land und Bevölkerung politisch wie materiell den größten Gewinn ziehen. Unsere Herren Minister haben das naturgemäß sehr gern gehört, und sie haben sich darauf eingerichtet. Wäre es nicht so, dann hätte Graf Bedlitz nicht diese unselige Schulgesetzvorlage ein-

bringen können. Wird jetzt Graf Eulenburg Ministerpräsident ohne Portefeuille, dann könnte er es nach dem Gesagten unter Umständen ziemlich ungemüthlich finden, wenn er nicht der Mann dazu wäre, sich auch ohne ein bestimmtes Ressort durchzusetzen. Seine Vergangenheit spricht sehr für ihn als selbständigen Charakter und als Mann von eigenen Ideen. Gewiß ist er ein sehr konservativer Herr, aber er hat etwas von jenem staatsmännischen Sinn, der nicht im einseitigen Parteitreiben aufgeht, und er übertritt von dieser Seite her unendlich weit den Herrn v. Puttkamer, der sich als Minister stets nicht anders, denn als ein in die Staatsregierung delegirtes Mitglied der konservativen Fraktion betrachtet hat. Graf Eulenburg ist am meisten bekannt aus jener berühmten Szene im Herrenhause (im Februar 1881), wo Fürst Bismarck durch den Geheimrat Rommel aus dem Handelsministerium den Minister des Innern durch eine gegen ihn gerichtete Erklärung in unerhörter Weise desavouirte. Graf Eulenburg hatte seine Zustimmung zu einem Beschluss des Abgeordnetenhauses ertheilt, wonach im neuen Kompetenzgesetz die Aufsicht des Staates über die Landgemeindeverwaltung nicht durch Landrat und Regierungspräsident, sondern durch Kreis- und Bezirksausschuß erfolgen sollte. Der Minister empfahl die Annahme dieser vom Abgeordnetenhaus getroffenen Änderung auch dem Herrenhause. Dagegen nun erklärte sich Fürst Bismarck durch Herrn Rommel, und die ungewöhnliche Szene führte zum Rücktritt des Grafen Eulenburg, obwohl der Reichskanzler und Ministerpräsident in zwei längeren Reden im Herrenhause einzulenken versuchte, zuletzt sogar als Mitglied des Herrenhauses für denselben Paragraphen stimmte, den er vorher in so eigentümlicher Weise bekämpft hatte. Graf Eulenburg ist auch in der Bismarckkrise als möglicher Nachfolger des Fürsten genannt worden. Daß seine politische Laufbahn mit dem Posten des Oberpräsidenten von Hessen-Nassau abgeschlossen sei, haben die Unterrichteten niemals geglaubt.

Der Kaiser hat am Mittwoch in Jagdschloß Hubertusstock wieder einen Vortrag des Grafen Caprivi entgegengenommen. Ueber die Rückkehr des Kaisers nach Berlin ist noch nichts bestimmt. Nach dem "Berl. Tagebl." leidet der Kaiser an einem leichten Lungenemphysem, das er sich während eines Ausflugs nach dem Grunewald zugezogen. Diese Erkrankung hat zeitweilig leichte asthmatische Anfälle im Gefolge.

Zu einer Kaiserreise nach Spanien wird nach einer Kleider Meldung der "Röhr. Volksztg." die Yacht "Hohenzollern" am 5. April in Dienst gestellt.

Graf Bedlitz ist durch Graf Caprivi mündlich mitgetheilt worden, daß der Kaiser seine Entlassung angenommen hat. Die schriftliche Ausfertigung der Entlassung soll zugleich mit der Ernennung des Nachfolgers geschehen. Graf Bedlitz ist am Mittwoch von der Kaiserin empfangen worden.

Als Nachfolger für den Kultusminister wird jetzt in erster Reihe der Oberpräsident von Westfalen, Herr Studt, genannt.

Studt ist, so schreibt die "Frei. Ztg." Bureaukrat, weiter nichts. Er war vor seiner jetzigen Stellung Unterstaatssekretär im Eisack und sollte einmal Unterstaatssekretär im Kultusministerium werden. Die Sache zerstieg sich aber, weil Studt ein geringeres Einkommen bezogen haben würde. Der Vater des Herrn Studt, früher Rechtsanwalt in Schwedt, lebt in Charlottenburg und rechnet sich der freisinnigen Partei zu. Der Herr Sohn aber hat mit freisinnigen Anschaunen nichts gemein.

Zur Charakteristik der gegenwärtigen Situation fügt die "Frei. Ztg." noch hinzu, daß man vielfach erzählt und auch glaubt, zum Nachfolger des Herrn Studt als Oberpräsident von Westfalen sei Herr v. Schorlemer-Alst bestimmt. Die Zentrumsparthei bedürfe nothwendig eines Pfasters auf die Bunde, welche ihr mit dem Scheitern des Volksschulgesetzes geschlagen worden ist.

Die Ministerkrise scheint bereits auf die Denunzianten gekommen zu sein. "Kreuztg." und "Reichsbote" sind eifrig bemüht, den Kaiser als das Opfer „unehrlicher Rathgeber“ zu kompromittieren, wobei die "Kreuztg." die Voricht braucht, sich die Herren v. Helldorf, Frhr. v. Mantuffel u. s. w. vom Leibe zu halten, indem sie behauptet, die Leute, die sie meinte, seien nicht Mitglieder der konservativen Partei. Nun, mutig ist das gerade nicht. Die gute "Germania", die "eine tiefe Beschränkung der christlich gläubigen Volksmehrheit, welche sich minder gewerhet sieht, als die Minderheit des Unglaubens und Häbglauens und daher an die energische zielbewußte Fortsetzung einer christlich-konservativen Politik nicht mehr glaubt", als Folge der Krise dezeichnet, hat andere Schmerzen. Graf Eulenburg, der preußische Gesandte in München, hat sich einer einseitigen Berichterstattung über die Wirkung der neuen Schulgesetzvorlage in Bayern schuldig gemacht. Er hat zu Ungunsten derer berichtet und gerade sein Urteil soll in Berlin viel gewirkt haben. Die "Germania" infiniert, sie kenne die Quellen des Grafen Eulenburg und hält es für wünschenswerth, daß der selbe aufgefordert würde, die Quellen und die Thatsachen noch einmal zu prüfen und dann von Neuem zu berichten. Uns überrascht der Bericht des Grafen Eulenburg nicht. Er konnte sich doch nicht bei den Kammerpatronen, den Herren Daller und Gen. über die Wirkung des Volksschulgesetzes auf die öffentliche Meinung in Bayern unterrichten und seine Studien in den Salons des päpstlichen Runtius in München zu machen, konnte ihm bei der dort üblichen sparsamen Verpflegung nicht wohl zugemutet werden.

München, 23. März. Zur Kanzlerkrise melben die nationalliberalen "Neuesten Nachr." auf Grund von Erfundungen, daß die bayerischen maßgebenden politischen Kreise sie sehr ernst nehmen. Ihre Entstehung und ihr Verlauf sei nebelhaft und unbegreiflich. Die hochgradige Täuschung beider Minister über die Wirkung der Schulgesetzvorlage und die starre Haltung der konservativen Klirken habe die Absicht des Grafen Bedlitz, den Entwurf nach der ersten Ausschüttung umzuarbeiten, vereitelt. Die Krise sei für die Parteibildung im Reichstage und preußischen Landtag folgenschwer. Das stark enttäuschte Zentrum werde zur Opposition übergehen, wodurch die Bildung einer zuverlässigen Mehrheit für die Regierung fraglich werde. Das Scheiden Caprivils würden die bestreuten Mächte und Bundesstaaten auf das Lebhafteste bedauern. Caprivils Bleiben werde noch immer erhofft, doch gelte als eventueller Nachfolger Waldersee, trotz der Einwendung gegen ihn, daß er als Generalstabsoffizier die äußere Politik lediglich vom rein militärischen Standpunkte betrachte.

Rußland und Polen.

* Petersburg, 23. März. An direkten Steuern von der ländlichen Bevölkerung liegen im Jahre 1891 insgesamt 84 881 299 Rubel ein, während dieselben auf 114 603 768 Rubel veranschlagt waren; die wirklichen Eingänge ergeben somit 74,1 Prozent des Voranschlags. Ein Mehr gegenüber dem Voranschlag weisen nur die Eingänge in den polnischen Gouvernements auf, wo die Steuern auf 3 711 617 Rubel veranschlagt waren, in Wirklichkeit aber 3 769 449 Rubel ergaben. Im europäischen Rußland erbrachten die wirklichen Eingänge 71,8 Prozent, im Kaiserreich 99,6 Prozent des Voranschlags. An direkten Steuern von den anderen Ständen gingen im Jahre 1891 insgesamt 19 588 975 Rubel ein, während dieselben auf 19 185 714 Rubel veranschlagt waren. Im Vergleich mit dem Finanzjahr 1890 blieben die zuletzt aufgeführten Steuern im Jahre 1891 in den wirklichen Eingängen erheblich hinter den Voranschlägen zurück.

Der "Regierungsbote" meldet, daß die vom Ministerium befreienen Gouvernements bis in den Mai hinein mit Nahrungsmitteln versorgt seien. (?) Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung während der im Frühling herrschenden Vogelgrippe seien demnach ausgeschlossen. (?) Auch die Versorgung der Bauern mit Saatgut für die nächste Aussaat sei sichergestellt. Die Gouverneure berichten, daß die Befestigung der den Bauern gehörigen Felder in Folge der jüngst getroffenen Maßnahmen zur Fütterung des Zugviehs und zur Hilfeleistung beim Ackerbau sich galt abwickeln werde. (?) Für diese Maßnahmen habe das Ministerium des Innern circa 4 Millionen Rubel bewilligt.

* Graf Leo Tolstoi scheint doch in Rußland nicht ganz so unbehelligt zu bleiben, wie es kürzlich in einer Petersburger Mittheilung der "Königl. Zeit." behauptet wurde. Wie der "Kreuzztg." nämlich aus Petersburg gemeldet wird, ist der Einzelverkauf aller in den letzten neun Monaten erschienenen Aufsätze des Grafen Tolstoi laut einer Verfügung des Ministers des Innern, die sämtlichen Polizeiverwaltungen in der Provinz zugegangen ist, verboten worden. — Graf Tolstoi selbst veröffentlicht in einem russischen Blatte jetzt folgende Erklärung:

"Ich habe an englische Zeitungen keine Briefe geschrieben. Der mir zugeschriebene Auszug ist ein durch doppelte Übertragung aus dem Russischen ins Englische und aus dem Englischen ins Russische sehr verändertes Schriftstück, das aus einem Artikel in einer Moskauer Monatschrift stammt, welcher zwar von mir geschrieben, aber nicht veröffentlicht wurde. Die Stelle dagegen in dem Artikel der 'Moskauer Zeit.', welcher hingestellt war, als der von mir geäußerte Gedanke, wie ein Volk handeln sollte, um sich vom Hunger zu befreien, ist eine vollständige Erfüllung. An dieser Stelle benutzt der Verfasser meine Worte, um einen mit ganz fremden und meinen Überzeugungen zuwiderlaufenden Gedanken anzudrücken."

Griechenland.

* Die Verhältnisse in Griechenland sind noch gänzlich ungeklärt und dabei ernst, nicht nur in finanzieller, sondern auch in politischer Hinsicht. Der König wird nicht allein auf seine alljährliche Sommerreise verzichten, sondern auch den Feierlichkeiten anlässlich der goldenen Hochzeit des dänischen Königs-paares nicht anwohnen. Selbst der offiziösen "Pol.corr." wird aus Athen mitgeteilt, daß, abgesehen davon, daß das Gesetz, betreffend die Einsetzung einer Regierung, von der Kammer nicht mehr formell erledigt wurde, der König eine längere Abwesenheit, welche gerade während des Wahlkampfes oder unmittelbar nach demselben erfolgen würde, angesichts der politischen Lage nicht für angezeigt erachte. Es heißt, daß die übrigen Mitglieder der königlichen Familie diesem Beispiel sich anschließen und auf die geplanten Sommerreisen verzichten werden. Die Königin sollte Ende April nach Petersburg, das Kronprinzenpaar etwas später nach England sich begeben. Zu denken bleibt es auch, daß gerade jetzt der Kommandant der Armee-Division von Athen, General Mavromichalis, beurlaubt wurde und daß Kronprinz Konstantin dieses Kommando übernommen hat.

Bermischtes.

* Nach amtlicher Ermittelung des Arbeitsministeriums sind seit dem Jahre 1852 in belgischen Zeichen 18 Entzündungen schlagender Wetter erfolgt, bei denen mehr als 20 Bergarbeiter um das Leben gekommen sind. Bei diesen 18 Grubenunfällen sind 1107 Bergarbeiter getötet worden. Die jetzt stattgehabte neunzehnte Katastrophe, welche 165 Arbeitern das Leben gekostet hat, ist die umfangreichste, welche Belgien getroffen hat. Im Jahre 1879 sind in der Zeche Ugrappe durch schlagende Wetter 121 Arbeiter getötet worden; mehr Opfer hatte bis jetzt kein Unfall gekostet. Bei der jetzt stattgehabten Katastrophe ist für 83 Witwen und 255 Waisen nichts andern hilflos Gewordene Sorge zu tragen.

* Grokhartige Pläne hat der bekannte Geheimrat Voß in Mettlach, deren Ausführung für Saarlouis von unberechenbarem Vortheil sein würde. Der Saarlouis-Bahnhof liegt gegenwärtig etwa $\frac{1}{2}$ Stunde von der Stadt entfernt und die Verbindung wird durch einen Hotel-Omnibus unzureichend hergestellt. Herr Voß beabsichtigt nun einen eigenen Schienenstrang von seiner Fabrik Wallersfangen nach der Bahnhofstraße Trier-Saarbrücken zu legen und diesen direkt an der Stadt vorbei zu führen. Saarlouis soll dann, was vor Schleifung der Festung unmöglich war, in unmittelbarer Nähe einen Bahnhof erhalten. Die gewaltigen Kosten des Unternehmens, zu dessen Durchführung der Bau zweier eiserner Brücken über die Saar notwendig wird, will Herr Voß zum weitauft größten Theile selbst tragen. Die Niederelegung der Festungs-werke schreitet nur sehr langsam vorwärts, da die Stadt das nötige Geld zur Erwerbung des umfangreichen Festungsterrains nicht aufbringen kann.

* Frau Betty Stuckart, die bekannte preisgekrönte Schönheit von Spa, ist gestern in Altona in dem an der Hamburger Grenze belegenen großen Konzert-Etablissement "Flora" zum ersten Male als Löwenbändigerin, und zwar mit Erfolg aufgetreten. Die Frau erzielte inmitten eines großen, elektrisch erleuchteten, auf der Bühne errichteten Rund-Käfigs in einem grünen Phantasie-Kostüm. Zwar bemerkten Männerstehende am Schlusse der etwa viertelstündigen Vorstellung, daß die Hände mit der starken Peitsche leise zitterten, aber im Ganzen gehörte die Löwin ihrer Meisterin, der ein Stallmeister beigegeben worden war, auf den geringsten Wind oder Laut. "Belle Helene", wie Frau Stuckart das 4jährige, bei Hagenbeck dargestellte Thier genannt hatte, ist eine mittelgroße Löwin, die zwar einige Male zähnefletschend ihre Herrin angrinzt, aber ein zahmes Thier ist. Die Vorführung zeigte den bekannten "Ritt des Löwen zu Verde", wie man ihn aus dem Circus kennt. Tusch und lang anhaltender Beifall belohnten die neueste "Arbeit" der Löwen-bändigerin.

* Der Held Monte Carlos war in den letzten Wochen Robert Peel, ein Sohn des berühmten englischen Ministers. Er spielte mit unerhörtem Glück am Roulette sowohl wie Trente et Quarante, und verlor nicht, daß durch den Spielgewinn sein Guthaben bei dem Kredit Lyonais binnen einem Monat von eintigen Hundert auf 16 000 Pfund (320 000 M.) angewachsen sei. Die Spielbank sorgte nach Kräften dafür, daß diese Thatssache allgemein be-

kannt wurde, denn die Runde von einem großen Gewinn lockt immer ganze Scharen neuer Gimpel nach Monte Carlo. Am vorigen Dienstag beschloß Mr. Peel abzureisen, nachdem er in einem Telegrammaustausch mit seiner Braut den Tag ihrer Hochzeit festgestellt hatte. Er ließ sich über sein Guthaben einen Check auf die Bank von England ausstellen und löste sein Billet nach London. Die Stunden vor seiner Abreise brachte er in dem Spielraum zu, wo ihm Fortuna eine so treue Freundin gewesen war. Er setzte auch einige Louts und - verlor, verlor in einem fort. Es währt nicht lange, so hatte ihn der Spielteufel wieder völlig übermannt. Binnen zwei Tagen war er seine 16 000 Pfund bis auf die letzte Guinee los. Dabei brauchte ihm die Spielbank nicht einmal die Heimreise zu bezahlen, denn das Billet nach London hatte er ja schon gelöst.

Lokales.

Posen, den 24. März.

br. Im königl. Marien-Gymnasium ist die Abiturientenprüfung, zu welcher sich 14 Oberprimaer gemeldet haben und welche gestern Mittwoch, den 23. d. Mts. stattfinden sollte, verschoben worden und wird erst am Dienstag und Mittwoch nächster Woche, am 29. und 30. d. Mts. abgehalten werden.

Telegraphische Nachrichten.

München, 23. März. Der bayerische Eisenbahnrath hat die Einheitsfäße für Roh-Petroleum, Erdöl-Benzin und Mineralöl aus Rumänien ermäßigt, zu der Übertragung der österreichisch-ungarischen Getreide- und Mehltarife auf die bayerische Inlandsroute seine Billigung ausgesprochen, ferner dass Aufhören des preußischen Staffeltarifs für Getreide und Mühlensfabrikate gefordert und die Ausdehnung des preußischen Staffeltarifs für den Thüringer und Nürnberger Waarenexport auf den bayerischen Bahnenstrecken mit 17 gegen 3 Stimmen abgelehnt, wosfern die Exporttarife nach Belgien und Holland, sowie über Stromschlagplätze nicht gleichzeitig dem nach den Reichshäfen herabgesetzt würden. (Kammer der Abgeordneten.) Bei der Berathung des Poststatts wünschte Abg. Sartorius die Erlaubnis zum Umtausch der württembergischen Postmarken sowie der Reichspostmarken an den bayerischen Schaltern. Ministerpräsident v. Treitschke erklärte, es sei kein Bedürfnis hierfür vorhanden.

Stockholm, 23. März. Der Reichstag beriehlt heute den Antrag der Regierung, die Zahl der Mitglieder der ersten Kammer auf 150 und diejenige der Mitglieder der zweiten Kammer auf 225 festzusetzen. Die erste Kammer nahm den Vorschlag der Regierung mit 84 gegen 43 Stimmen an, die zweite Kammer nahm zunächst nur den ersten Paragraphen betreffend die Mitgliederzahl der ersten Kammer mit 121 gegen 96 Stimmen an und wird die Berathung in einer Abendsitzung fortsetzen.

Rom, 23. März. In dem Prozeß gegen Cipriani und Ge-
nossen wegen Theilnahme an den Unruhen am 1. Mai hat der Staatsanwalt heute sein Blaudojer beendet. Gegen 6 Angeklagte wurde die Anklage zurückgenommen, gegen alle anderen beantragte der Staatsanwalt verschiedene Strafen, gegen den deutschen Studenten Körner 18 Monate Einschließung.

Athen, 22. März. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Goldtermingeschäfte verboten werden.

Berlin, 24. März. Die "Kreuzztg." vernimmt, der Kaiser genehmigte gestern das Entlassungsgesuch des Kultus-ministers in einem überaus huldvollen Handschreiben, worin er gleichzeitig den Wunsch ausdrückte, Graf Zeditz möge auch künftig dem Staate seine Dienste zur Verfügung stellen.

Angefeuerte Fremde.

Posen, 24. März.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Rittergutsbesitzer Major v. Hellendorf und Richter a. Gowarzewo. Rittergutsbesitzer Bernich a. Posen, Direktor Rohde a. Bodenbach, Baumeister Neuwirth a. Hamburg, Ingenieur Heyke a. Berlin, Privater Schmälting a. Elbing, die Kaufleute Karlsboom a. Hannover, Scheibyermann a. Lauterweiler, Küsell a. Offenbach, Hornig a. Darmstadt, Schüppel a. Frankfurt a. M., Gräffner a. Leipzig, Taspen a. Flensburg, Schöler a. Dresden, Michell a. Krefeld.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Thalwizer aus Stettin, Bohs a. Glogau, Vieut. Briesa a. Lubost, Fräul. Schmidt a. Breslau, Gutsbesitzer Berger a. Schrimm, Diätar Kleimert a. Giesen, die Rittergutsbesitzer v. Breza a. Wietzowice, Graf Plater a. Breslau, Kreischausinsp. Dr. Hissler a. Kempen, Kaufm. Schmidt a. Berlin.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Winkelmann, Wolfsohn, Schmidt, Kutzayek, Friedländer, Isaac und Dralle a. Berlin, Kehler a. Breslau, Schmidt a. Offenbach, Kutschbach a. Stuttgart, Henichel a. Großenhain, Schneider a. Basel, Spanier a. Krefeld, Torda und Thiele a. Leipzig, Herrmann a. Wetzlar, Tamborini a. Magdeburg, Franck a. Nürnberg, Holzhändler Westphal a. Schulz, Gutsbesitzer Abramowski a. Löbau, die Ingenieure Fricke und Langhoff a. Berlin, Frau Schmoderoff und Tochter a. Kolmar i. B.

Theodor Jahn's Hotel garni. v. Koscielski, Chrobok, Tuszewski und Stowronski a. Wollstein, Gutsverwalter Berndt a. Gwiazdow, Probst Geminski a. Zeletz, Inspektor v. Bodewits a. Chrzanitz, die Kaufleute Wildner a. Dresden, Ledermann a. Berlin, Fischer a. Frankfurt, Lösch a. Koburg.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Die Kaufleute Kudnaf und Bernik a. Breslau, Irl. Steinberg a. Breslau, Zucker und Grüntal a. Berlin, Kierke a. Kosten, Schmidt a. Sprottau, Ingenieur Ulrich a. Neuhalz, Kaufm. Landauer a. Danzig, Rieger-Baumeister Leichmann a. Glogau, die Kaufleute Kühnel a. Breslau, Przybylski a. Thorn.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Homberger a. Wiesbaden, Kinkelius a. Berlin, Ostheim a. Elberfeld, Director a. Briesa a. Berlin, Postdirektor Hering a. Halle, die Kauf. Geldermann a. Stuttgart, Friedmann a. Trossen, Direktor Zimmermann a. Rath's-Damnik, Kulturtechniker Wellnitz a. Rogasen.

Marktberichte.

Breslau, 23. März. (Amtlicher Produktien-Börsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo — Gel. — — Tr. — abgelaufene Kündigungsscheine —, p. März 209,00 Gd. p. April-Mai 207,00 Br. Hafer (p. 1000 Kilo) p. März 145,00 Br. Rübsal (p. 100 Kilo) p. März 53,00 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Br.) ohne Faz. excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe gefindigt — — Liter, p. März (50er) 59,70 Gd. März (70er) 40,20 Br. April-Mai 40,70 Gd. Juli-August 42,30 Br. August-September 42,30 Br. Zinf. Ohne Umtab. Die Börsenkommis.

Am 22. d. M., Abends 9^h, Uhr, verschied sanft unser herzensguter Gatte und Vater,
der Amtsgerichtssekretär

Julius Melke

in Krotoschin.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 26., Nachmittags 3 Uhr statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
23. Nachm. 2	757,9	NW fürmtisch	halbheiter	+ 6,7
23. Abends 9	758,3	N mäßig	heiter	+ 2,5
24. Morgs. 7	758,9	N NW schwach	stiel. heiter	+ 0,8
Am 23. März Wärme-Maximum + 7,5° Cels.		Am 23. = Wärme-Minimum - 1,4° =		

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 23. März Morgens	2,48 Meter.
= 23.	Mittags 2,50 =
= 24.	Morgens 2,58 =

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 23. März. Schwächer.

Neue 3proz. Reichsanleihe 84,60, 3¹/4, proz. L.-Pfandbr. 96,70, Konso. Türk. 19,45, Türk. Loos 76,00, 4proz. ung. Goldrente 92,10, Bresl. Diskontobank 92,25, Breslauer Wechslerbank 94,40, Kreditaktien 170,40, Schles. Bankverein 108,90, Donner-Schmelzbank 77,00, Flöther Maschinenbau —, Rottwitzer Altten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 120,00, Oberth. Eisenbahn 51,50, Oberth. Portland-Cement 91,50, Schles. Cement 125,00, Oppeln-Cement 98,80, Schles. Dampf. C. —, Krausna 117,50, Schles. Industrie 188,25, Laurahütte 100,75, Verein. Delfab. 88,75, Österreich. Banknoten 171,90, Russ. Banknoten 205,10, Gleis-Cement 98,50.

Frankfurt a. M., 23. März. (Schlußkurse.) Fest. still.

Bond Wechsel 20,417, 4proz. Reichsanleihe 106,70, österr. Silber-rente 80,20, 4¹/4, proz. Papierrente —, do. 4proz. Goldrente 94,90, 1860er Loos 123,50, 4proz. ungar. Goldrente 92,00, Italiener 87,50, 1880er Russen 92,40*, 3. Orient. 64,30, unifiz. Egypter 96,90, tom. Türk. 19,50, 4proz. türk. Ans. 88,40, 3proz. port. Ans. 25,70, 5proz. serb. Rente 77,70, 5proz. amort. Rumäniens 96,80, Griozonion. Mexit. 80,40*, Böh. Westb. 301¹/₂, Böh. Nordbahn 155,10, Franzosen 245¹/₂, Galizier 180¹/₂, Gotthardbahn 133,60, Lombarden 74, Lübecker Büchsen 142,00, Nordwestbahn 179¹/₂, Kreditattien 264, Darmstädter 124,70, Mittelb. Kredit 94,70, Reichsb. 148,60, Dis-t. Kommandit 178,90, Dresdner Bank 131,50, Pariser Wechsel 81,166, Wiener Wechsel 171,75, serbische Tabaksrente 78,20, Bochum. Guß-stahl 109,00, Dortmund. Union 53,50, Harpener Bergwerk 135,60, Österreich. Banknoten 122,90, 4proz. Spanier 58,80, Mainzer 109,00.

Privateidiskont 1¹/₂ Proz.

* per comptant. Nach Schluss der Börse: Kreditattien 264¹/₂, Dis-t. Kommandit 179,10, Bochum. Gu

Hamburg, 23. März. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 67, per Mai 67, per Juli —, per Septbr. 66, p. Dez. 62%. Ruhig.

Hamburg, 23. März. Getreidemarkt (Schlussbericht.) Robzuer I. Produkt Weizen 88 t. Et. Stendement neue Uance, i. an Bord Hamburg v. März 13,57%, per Mai 13,82%, p. August 14,25, p. Oktober 12,85. Unregelmäßig.

Berl., 23. März. Getreidemarkt. Weizen loko besser, per Frühjahr 9,62 Gd., 9,64 Br., per Mai-Juni 9,40 Gd., 9,42 Br., p. Herbst 8,57 Gd., 8,59 Br. Hafer v. Frühjahr 5,75 Gd., 5,80 Br. Neu-Mais v. Mai-Juni 5,19 Gd., 5,21 Br. Kohlrabs 12,40 Gd., 12,50 Br. — Better: Schön.

Paris, 23. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen fest, p. März 24,80, p. April 25,00, p. Mai-August 25,60, p. Sept.-Dez. 25,70. Roggen fest, der März 18,10, per Sept.-Dez. 16,00. Mehl fest, p. März 53,00, per April 53,60, per Mai-August 55,10, p. Sept.-Dez. 55,70. Kübel fest, p. März 53,00, p. April 53,25, p. Mai-Aug. 54,75, p. Septbr.-Dezbr. 56,25. Sviritus ruhig, p. März 47,50, p. April 46,50, p. Mai-August 45,00, p. Sept.-Dez. 40,75. — Better: Schön.

Paris, 23. März. (Schlussbericht.) Robzuer ruhig, 88 p.Ct. loko 38,50 à 38,75. Weizener Buder behauptet, Nr. 3 per 100 Kilo, per März 39,25, per April 39,37%, per Mai-August 40,00, per Oktbr.-Jan. 35,75.

Savre, 23. März. (Teleg. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork loko mit 15 Points Basse. Rio 1000 Sac. Santos 11000 Sac. Recettes für gestern.

Savre, 23. März. (Teleg. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, v. März 90,00, p. Mai 87,50, p. Sept. 83,50. Ruhig.

Amsterdam, 23. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termin fest, per März —, per Mai 223. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine willig, p. März —, p. Mai 215. Raps p. Frühjahr —. Kübel loko 26%, p. Mai 25%, p. Herbst 26%.

Amsterdam, 23. März. Java-Kaffee good ordinary 53%.

Amsterdam, 23. März. Bancazzin 54%.

Antwerpen, 23. März. (Teleg. der Herren Willens & Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per April 4,10, August —, entfernte Termine 4,25 Käufer.

Antwerpen, 23. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Raf-finites Type weiss loko 14 bez., 14 Br., v. März 14 Br., p. April 14 Br., p. Sept.-Dez. 14% Br. Schwächer.

Leith, 23. März. Getreidemarkt. Markt still und sehr flau, Preise weichend.

London, 23. März. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 16 230, Gerste 7510, Hafer 26 280 Ohrs. — Sämtliche Getreidearten sehr ruhig, unverändert.

London, 23. März. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Sämtliche Getreide sehr träge. Weizen und Mehl nur niedriger verläufig, Hafer flauer, russischer ruhig, unverändert. Schwimmender Weizen circa 1/4 lb. niedriger trotz geringen Angebots; schwimmende Gerste ruhig, schwimmender Mais 1/4 lb. niedriger.

London, 23. März. An der Küste 6 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Bewölkt.

Liverpool, 23. März. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 B., davon für Spekulation und Export 5 000 Ballen. Unverändert.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 3³⁰/₆₄, Käuferspreis, April-May 3^{1/2}/do., Mai-Juni 3^{4/5/₆₄ do., Juni-Juli 3²⁵/₆₄, Verkäuferpreis, Juli-August 3^{1/2}/₆₄ Wertz, Aug.-Sept. 3^{1/2}/₆₄ do., Sept.-Okt. 3²⁵/₆₄ Käuferspreis, Oct. 3^{6/7}/₆₄ do.}

Liverpool, 23. März. Bei der heutigen Eröffnung der Woll-auktion waren die Preise gegen die Vorauktion unverändert. 4100 Ballen wurden verkauft. Tendenz ruhig.

Newyork, 22. März. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 6^{1/2}/₁₆, do. in New-Orleans 6^{5/16}, Hafl. Petroleum Standard white in New-York 6,30 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,25 Gd. Robes Petroleum in Newyork 5,65, do. Pipeline Certificates per April 55. Bemerklich fest. Schmalz loko 6,50, do.

Höhe u. Brothers 6,90. Buder (Fahrer reisung Russland) 2^{1/2}. Mais (New) per April 46%, per Mai 46, per Juni 45. Rother Winter weizen loko 101%. Kaffee Rio Nr. 7,14%, 101%. Mehl (Spring clear) 3 D. 80 C. Getreidebefracht 3%. Kupfer 12,50. Rother Weizen p. März 97%, p. April 97%, p. Mai 95%, p. Juni 93%. Kaffee Nr. 7 loko ord. p. April 13,32, p. Juni 12,72.

Weizen eröffnete schwach in Folge Verläufe des Auslands so wie auf Zunahme der Visible supply und günstige Ernteberichte, später erholt auf auswärtige politische Nachrichten. Schluss stetig. Mais schwankend den ganzen Tag, je nachdem die Hauses- oder Borsepartei die Führung übernahm. Schluss träge. Petroleum ruhig in Folge zu erwartender Zunahme der Vorräthe. Schluss stetig. Der Werth der in der vergangenen Woche ausgeführten Produkte betrug 6 881 350 Dollars gegen 9 347 553 Dollars in der Vorwoche.

Newyork, 23. März. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipeline certificates per April 54%. Weizen per Mai 95.

Berlin, 24. März. Wetter: Bewölkt.

Newyork, 22. März. Weizen per März 96% C., per April 96 C.

Tonos- und Alten-Wöche.

Berlin, 23. März. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen günstiger lauteten.

Das Geschäft entwickelte sich jedoch bei großer Zurückhaltung der Spekulation sehr ruhig, aber allmählig bildete sich, ohne daß das Angebot dringender hervortrat, eine kleine Abschwächung der Haltung heraus. Gegen Schluss des Verkehrs machte sich aber allgemein eine Befestigung der Tendenz bemerklich, und der Verkehr gewann infolge von Deckungsläufen an Regelmäßigkeit.

Der Kapitalmarkt bewahrte seine Haltung für heimische solide Anlagen; deutsche Reichs- und preußische Konz. Anleihen gingen bei etwas erhöhter Notiz lebhafter um; fremde festen Zins tragende Papiere waren im allgemeinen behauptet und ruhig; Italiener etwas besser, russische Anleihen und Noten sowie ungarnische 4 prozentige Golbrente fast unverändert.

Der Privatdiskont wurde mit 1^{1/8} Prozent notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien mit einigen Schwankungen ziemlich lebhaft um; Franzosen, Lombarden und andere österreichische Bahnen, Schweizerische Bahnen und Warschau-Wien fester, aber nur vereinzelt lebhafter.

Inländische Eisenbahntickets fest, aber sehr ruhig; Südpfälzische Südbahn etwas besser.

Banknoten waren in den Kassawerten fest und ruhig; die spekulativen Deutschen anfangs fester, dann etwas abgeschwächt und wieder fest schließend, aber nur Diskonto-Kommandit-Antheile geschäftlich mehr beachtet.

Industriepapiere verkehrten in ziemlich fester Haltung ruhig; spekulativer Montanwerthe nach festerer Eröffnung zumeist nachgebend und schließlich wieder bestätigt.

Produkten - Börse.

Berlin, 21. März. Die Getreidebörsen verkehrten in sehr fester Tendenz bei sehr lebhaftem Geschäft. Weizen gewann ca 3%, M. Roggen ca 8% und die Preise schwankten leicht auf diesem erhöhten Niveau. Hafer war weniger beachtet; die Preise folgten aber der allgemeinen Tendenz mit einer Steigerung von 3%. Roggen em. lebhafter zu erheblich besseren Preisen. Kübel loko gewann bei stillem Geschäft ca. 1%. In Spiritus war die Loko zuerst sehr knapp; bei lebhafter Nachfrage zogen die Preise um 1^{1/2} M. an. Im Terminhandel dominirte wie gestern die Deckungslust per Frühjahr, so daß die Preise sich um ca. 1 Mark besserten.

Weizen (mit Ausschluß von Raubweizen) p. 1000 kg. Loko höher. Terme wesentlich höher. Gefündigt — Ton. Kündigungsspreis — M. Loko 190—218 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 193 M., gelb. russ. 23,75 ab Bahn bez., per diesen Monat — ver April-Mai 190,5—193—192,25 bez., per Mai-Juni 193,75—194,75—194 bez., per Juni-Juli 195—196,75—196 bez., per Juli-August 196,25—196—197,25—196,5 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko schwaches Angebot. Termine animirt. Gefündigt — Ton. Kündigungsspreis — M. Loko 197 bis 208 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 200 M. inländischer guter 205—206 ab Bahn bez., per diesen Monat — M., per April-Mai 204,5—203,75—210—209 bez., per Mai-Juni 203,5—203,5—202,75 bez., per Juli-August 188—189,5—188,75 bez.

Gefeste p. 1000 Kilo. Still. Große und kleine 140—190 M.

M. nach Qual. Futtergerste 140—160 M.

Hafer p. 1000 Kilo. Loko fester. Termine höher. Gefündigt — Ton. Kündigungsspreis — M. Loko 149—170 M. nach Qualität.

— Do. Kündigungsspreis — M. Loko 122—132 M. nach Qual.

per diesen Monat — M. ver März-April —, per April-Mai 115 bis 115,5—115 bez., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-Aug. — bez.

Erdöl p. 1000 Kilo. Kochware 190—230 M. Futtermais 164—168 M. nach Qualität.

Roggeneiweiß Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Saat.

Termine steigend. Gefündigt — Saat. Kündigungsspreis — M.

per diesen Monat — bez., per April-Mai 27,8—28,25—28 bez., per Mai-Juni und per Juni-Juli 27,75—28,25—28 bez., per Juli-August — bez.

Kübel p. 100 Kilo mit Faz. steigend. Gefündigt — Do. Kündigungsspreis — M. Loko mit Faz. — bez., loko ohne Faz. — M.

per diesen Monat — M., per März-April —, per April-Mai 52,5—53,1 bez., per Mai — bez., per Juni-Juli —, per Sept.-Okt. 52,6—53,4 bez.

Drohne Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Saat.

Loko 32,75 M. — Feuchte dgl. p. loko 18,40 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto inkl. Saat. Loko 32,75 M.

Petroleum (staffiertes Standard white) p. 100 Kilo mit Faz. in Posten von 100 Br. Termine —. Gefündigt — Do. Kündigungsspreis — M. Loko — M., p. diesen Monat — M., per März-April —

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. — 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Do. Kündigungsspreis — — M. Loko ohne Faz 62,9 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. — 10 000 Br. Verbrauchsabgabe p. 100 Br. à 100 Proz. — 10 000 Br. nach Tralles. Gefündigt — Do. Kündigungsspreis — — M. Loko ohne Faz 43,4 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. — M. Loko mit Faz —, p. diesen Monat —

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Steigend. Gel.

Do. Kündigungsspreis — M. Loko — M., per diesen Monat —, per März-April — bez., per April-Mai 43,1—42,9 bis 43,3—42,9—43,1 bez., per Mai-Juni 43,2—43,1—43,5—43,2 bez., per Juni-Juli 43,6—43,5—44—43,6 bez., per Juli-August 44 bis 44,5—44,4 bez., per August-Sept. 44,2—44,8—44,5 bez., per Sept.-Okt. 42,3—42—42,1 bez., per September —, per Oktbr.-Novbr. 41,3—41,1 bez.

Weizenmehl Nr. 00 29,00—27,00. Nr. 0 26,75—24,75 bez.

Keine Marken über Notiz bezahlt.

Markenmehl Nr. 0 u. 1 28,25—27,25 bez., do. keine Marken Nr. 0 u. 1 30,75—28,25 bez., Nr. 0 1%, M. höher als Nr. 0 unb 1 pr 100 Kg. br. inkl. Saat.

Berichtigung. Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter wurde am 14. März d. J. loko ohne Faz. nicht, wie in Nr. 64 des "Reichs-Anzeigers" steht, 44,6—43,3 bez., sondern richtig 44,6—43,9 bez. notirt.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1. Doll. = 4^{1/4} M 1. Rub. = 3 M. 20 Pf. 1 fl. südd. Wösterw. = 12 M. 1 fl. n. W. = 2 M. 1 fl. hell. W. 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechselv. 23. März

Geld, Banknoten u. Coupons.

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Ausländische Fonds.

Brnsch. 20. T.L. — 103,50 bz

Cöln-M. Fr.-A. 3^{1/2}/do. 135,10 bz

Dess. Främ.-A. 3^{1/2}/do. 139,40 G.

London 3 8 T. 20,41,5 bz

Paris 3 8 T. 81,10 bz

Ham. 1/50 T.-L. 3^{1/2}/do. 129,50 B.

Vienna 4 8 T. 171,50 bz

Mein. 7Guld.-L. 3^{1/2}/do. 27,50 B.

Petersburg 6 3 W. 24,43,6 bz

Oldenb. Loose 3 1/2 127,60 bz

Warschau 5 8 T. 204,70 bz

Berlin, 3, Lomb. 3^{1/2} u. 4, Prvatd. 1/2 G.

Schw. Hyp.-Pf. 4^{1/2}/do. 81,25 G.

rb.Gld-Pfd. 5 81,83 bz